

Länderberichte über Menschenrechtspraktiken - 2004

Bundesrepublik Deutschland

WASHINGTON - (AD) - Nachfolgend veröffentlichen wir den vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen herausgegebenen Bericht 2004 über Menschenrechtspraktiken in der Bundesrepublik Deutschland vom 28. Februar 2005.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine konstitutionelle parlamentarische Demokratie; ihre Staatsbürger wählen ihre Vertreter in regelmäßigen Abständen in freien und fairen Mehrparteienwahlen. Eine Koalitionsregierung der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und Bündnis 90/Die Grünen wurde in den Bundestagswahlen 2002 wiedergewählt. An der Spitze der Bundesregierung steht der Kanzler. Er wird vom Bundestag gewählt, der direkt gewählten Kammer der Legislative. In der zweiten Kammer, dem Bundesrat, sind die 16 Bundesländer vertreten. Die Befugnisse des Kanzlers und der Parlaments sind im Grundgesetz (der Verfassung) niedergelegt. Die 16 Bundesländer genießen beträchtliche Autonomie, insbesondere im Hinblick auf Strafverfolgung und Gerichte, Bildung, Umwelt und Sozialleistungen. Die Judikative ist unabhängig.

Zivile Behörden hatten die effektive Kontrolle über die Sicherheitskräfte. Die Landesregierungen sind vornehmlich verantwortlich für die Strafverfolgung, und die Polizei ist auf Länderebene organisiert. Einige Mitglieder der Sicherheitskräfte werden in Einzelfällen beschuldigt, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben.

Eine gut entwickelte industrielle Volkswirtschaft ermöglichte den Bürgern einen hohen Lebensstandard. Deutschland hatte eine Bevölkerung von ungefähr 82 Millionen.

Die Regierung achtete die Menschenrechte der Bürger im Allgemeinen, allerdings gab es weiterhin Beispiele für die schlechte Behandlung von Gefangenen und Inhaftierten durch die Polizei. Ein neues Gesetz bestimmt, dass Gerichte die Inhaftierung einer Person auf unbestimmte Zeit anordnen können, wenn diese Person aufgrund eines besonders schweren Verbrechens verurteilt wurde und ihre Gefängnisstrafe verbüßt hat, aber aufgrund von Expertenaussagen als Gefahr für die Öffentlichkeit eingestuft wird. Es gab einige Einschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Minderheiten angehörende religiöse Gruppen wurden in manchen Fällen von der Regierung und der Gesellschaft diskriminiert. Es gab weiter Zwischenfälle, bei denen Minderheiten und Ausländer Gewalt und Belästigungen ausgesetzt waren, und manchmal gewährleistet die Regierung keinen angemessenen Schutz. Im Privatsektor wurden Frauen ebenso wie Minderheiten und Ausländer weiterhin teilweise diskriminiert. Menschenhandel, insbesondere mit Frauen und Mädchen, war ein Problem, das die Regierung aktiv bekämpfte.

ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Abschnitt 1

Achtung der Integrität des Menschen, einschließlich Freiheit von:

a. Willkürlicher oder unrechtmäßiger Beraubung des Lebens

Es gab keine politisch motivierten Morde durch die Regierung oder ihre Agenten, allerdings gab es einen Fall, in dem die Polizei möglicherweise die Schuld am Tod einer in ihrem Gewahrsam befindlichen Person trägt.

Im August starb ein 35-jähriger Mann, nachdem Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK) ihn in seiner Wohnung in Neukölln in Berlin festgenommen hatten. Die Beamten sollen den Mann mit einem Eisenschild zu Boden gedrückt und ihm Handschellen angelegt haben. Der Mann

klagte kurz darauf über Übelkeit; es wurde ein Notarzt gerufen, aber der Verdächtige starb. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelte Ende des Jahres noch in diesem Fall.

Im Juli 2003 befand ein Gericht in Köln sechs Polizisten schuldig, 2002 einen festgenommenen Mann zu Tode geprügelt zu haben; die Freiheitsstrafen betrug 12 bis 16 Monate; die Beamten legten gegen die Entscheidung Beschwerde ein. Im Juli wies das Oberlandesgericht Köln die Beschwerde ab, aber hielt die relativ geringen Strafsätze aufrecht, indem es Beweise eines medizinischen Experten zitierte, der den Tod (zwei Wochen nach den Schlägen) mit einer bereits vorher bestehenden Krankheit in Verbindung brachte. Da die Gefängnisstrafen 12 Monate oder mehr betrug, wurden die Polizisten allerdings aus dem Dienst entlassen und verloren ihren Beamtenstatus.

Am 18. Oktober verurteilte das Landgericht Frankfurt drei Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS), 1999 den Tod eines sudanesischen Asylbewerbers während eines Abschiebeflugs verursacht zu haben. Das Gericht befand die Beamten der "Körperverletzung mit Todesfolge" schuldig. Die Männer wurden zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Zwei der drei behielten ihre Arbeitsplätze und Pensionsansprüche, während der dritte seinen Arbeitsplatz gemäß der Bedingungen seiner 90tägigen Probezeit verlor, da er dem BGS erst vor kurzem beigetreten war. Das Gericht entschied, dass die Männer keine ausreichende Einweisung durch den BGS erhalten hätten, wie man in Krisensituation reagiere.

b. Verschwinden

Es gab keine Berichte über politisch motiviertes Verschwinden von Menschen.

c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Bestrafung.

Das Grundgesetz verbietet derartige Praktiken, allerdings behaupten Nichtregierungsorganisationen (NROs) und andere Beobachter, dass es weiterhin Zwischenfälle gibt, in denen die Polizei Einzelpersonen in ihrem Gewahrsam schlecht behandelt und übermäßig Gewalt anwendet. Die zuständigen Behörden ermittelten in einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen und verfolgte Polizeibeamte strafrechtlich, die Personen in ihrem Gewahrsam misshandelten (siehe Abschnitt 1.d.).

Im Februar schlugen Polizeibeamte in Stuttgart angeblich einen Ausländer, der aufgrund seiner Weigerung, sich bei einer Identitätsüberprüfung auszuweisen oder die Beamten zur Polizeiwache zu begleiten, festgenommen wurde. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart leitete vollständige Ermittlungen ein und kam zu dem Schluss, dass es keine Rechtsgrundlage für eine Anklage gegen die betroffenen Beamten gab. Das Gericht stellte fest, dass der Festgenommene unter erheblichen Alkoholeinfluss stand und die Maßnahmen der Polizei aufgrund seiner Weigerung bei der Festnahme ergriffen wurden.

Im Februar 2003 schlug ein Mitarbeiter der Kölner Polizeizentrale einen Häftling, der ihn angeblich beleidigt hatte. Die Behörden versetzten den Beamten auf eine andere Stelle und nahmen die Ermittlungen auf, die bis Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen waren.

Im April wurden drei Polizisten in Frankfurt/Main wegen Körperverletzung angeklagt, weil sie Andre Heech nach seiner Festnahme im Februar geschlagen hatten, als er nicht von einem Freigängerprogramm zurückgekommen war. Heech, der beinamputiert ist, behauptete, einer der Beamten hätte den verbliebenen Teil seines Beines mit einem Metallrohr geschlagen, und er sei nicht medizinisch versorgt worden. Bis Jahresende war der Fall nicht abgeschlossen.

Im Oktober 2002 klagte die Staatsanwaltschaft Frankfurt den Stellvertretenden Polizeipräsidenten Wolfgang Daschner an, einem mutmaßlichen Entführer in Polizeigewahrsam die Anwendung von Gewalt angedroht zu haben. Daschner drohte dem mutmaßlichen Entführer, Marcus Gäfgen,

schwere Körperverletzung an, wenn er den Aufenthaltsort der entführten Person nicht preisgäbe. Daschner musste mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr rechnen. Am 20. Dezember wurde er zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Sollte in dieser Zeit über weitere Verstöße berichtet werden, muss er eine Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro entrichten.

Im November leitete die Polizei in Baden-Württemberg Ermittlungen gegen drei Polizeibeamte ein, die der Misshandlung eines Verdächtigen während einer Drogenrazzia in einem U-Bahnhof in Stuttgart verdächtigt wurden. Laut eines Mitglieds des Stuttgarter Stadtrats zwangen zwei Polizisten in Zivil einen Verdächtigen, sich auf den Boden des U-Bahnhofs zu legen, während ein dritter Polizist ihn trat. Das Mitglied des Stadtrats zeigte die Polizisten an und die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelte Ende des Jahres noch in diesem Fall.

Ende des Jahres leiteten Militärbehörden strafrechtliche Ermittlungen wegen Misshandlung und unwürdiger Behandlung von Wehrpflichtigen gegen einen Hauptmann und 17 Unteroffiziere der Bundeswehr ein, die in Coesfeld, in der Nähe von Münster, stationiert sind. Ausbilder zogen die Rekruten angeblich aus, schlugen sie und quälten sie mit Elektroschocks. Alle 18 Bundeswehrangehörigen wurden vom Dienst befreit, während die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Münster andauern. Im Falle einer Verurteilung drohen den Angeklagten bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe.

Es gab eine Reihe gewalttätiger Angriffe von rechten Gruppen auf Angehörige von Minderheiten und Ausländer (siehe Abschnitt 5.)

Die Haftbedingungen erfüllten internationale Standards.

Männer waren getrennt von Frauen untergebracht, Jugendliche getrennt von Erwachsenen und Untersuchungshäftlinge getrennt von verurteilten Verbrechern.

Die Regierung erlaubt Besuche von unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern, und solche Besuche fanden auch statt.

d. Willkürliche Verhaftung oder Festnahme

Das Grundgesetz verbietet willkürliche Verhaftung und Festnahme, und die Regierung hält sich im Allgemeinen an diese Verbote.

Die Polizei ist auf Länderebene organisiert. Die Zuständigkeit des Bundeskriminalamts ist auf Terrorismusbekämpfung, internationales organisiertes Verbrechen - insbesondere Drogenschmuggel -, Waffenhandel und Geldfälscherei beschränkt. Das Bundeskriminalamt koordiniert als zentrale Polizeibehörde des Landes die Verbrechensbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene und untersucht in bestimmten Fällen internationale Verbrechen wie vom Gesetz oder der Staatsanwaltschaft vorgegeben. Die Polizei war im Allgemeinen gut, auf hohem professionellen Niveau ausgebildet, diszipliniert und berücksichtigte die Rechte der Bürger. Der Staat ermittelte in Fällen von Menschenrechtsverletzungen und verfolgte Polizeibeamten, die in Gewahrsam genommene Personen misshandelten (siehe Abschnitt 1.a. und 1.c.). Korruptionsvorwürfe waren sehr selten.

Eine Person kann nur auf der Grundlage eines von einer zuständigen Gerichtsbehörde ausgestellten Haftbefehls festgenommen werden, es sei denn, der Verdächtige wird beim Begehen einer strafbaren Handlung gefasst oder die Polizei hat gute Gründe zu der Annahme, dass die Person beabsichtigt, ein Verbrechen zu begehen. Liegen Beweise vor, dass der Verdächtige aus dem Land fliehen könnte, kann die Polizei die Person bis zu 24 Stunden bis zur offiziellen Anklage festhalten. Eine von der Polizei festgenommene Person muss einem Richter vorgeführt, und Anklage muss und binnen 24 Stunden nach der Verhaftung erhoben werden. Das

Gericht muss dann einen Haftbefehl ausstellen, der die Gründe der Festnahme enthält oder die Freilassung anordnen.

In manchen Fällen nahm die Polizei bekannte oder mutmaßliche Radikale für eine kurze Zeit fest, wenn sie der Auffassung war, dass diese Personen die Teilnahme an illegalen oder nicht genehmigten Demonstrationen beabsichtigten (siehe Abschnitt 2.b.). Die Bestimmungen für diese Art von Inhaftierung sind in jedem Bundesland unterschiedlich, wobei die zulässige Dauer der Inhaftierung von einem bis 14 Tagen variiert, vorausgesetzt, das richterliche Einverständnis wird innerhalb von 24 Stunden nach der Inhaftierung erteilt. Im Verlauf des Jahres gab es keine Berichte über solche Festnahmen.

Inhaftierte haben Zugang zu Rechtsanwälten. Nur Richter können eine Entscheidung über die Zulässigkeit von Freiheitsentzug treffen. Kautions gibt es, sie wird jedoch selten festgesetzt; die normale Praxis ist die Freilassung der Festgenommenen, es sei denn, es besteht die eindeutige Gefahr der Flucht ins Ausland. In diesen Fällen kann eine Person für die Dauer der Ermittlungen und des darauf folgenden Prozesses inhaftiert werden. Solche Entscheidungen unterliegen der vorschriftsmäßigen Überprüfung durch den Richter, und die in der Untersuchungshaft verbrachte Zeit wird auf die Haftstrafe angerechnet. Im Fall eines Freispruchs hat die Person Anspruch auf staatliche Entschädigung.

Ein Gesetz, das die so genannte "nachträgliche Anordnung einer Sicherheitsverwahrung" für Verbrecher vorsieht, trat im Juli in Kraft. Gemäß des neuen Gesetzes können Verbrecher nicht zwei Mal für die gleiche Straftat verurteilt werden, allerdings können die Gerichte bei besonders schweren Verbrechen (Vergewaltigung, Mord, Totschlag u. a.) die weitere Inhaftierung anordnen, nachdem die Freiheitsstrafe verbüßt wurde ("Sicherheitsverwahrung"). Dies erfordert einen Gerichtsbeschluss über die besondere von der verurteilten Person für die Öffentlichkeit ausgehende Gefahr unter Heranziehung von mindestens einer Expertenmeinung. Die Sicherheitsverwahrung kann auf unbegrenzte Zeit angeordnet werden.

e. Verweigerung eines fairen öffentlichen Prozesses

Das Grundgesetz sieht eine unabhängige Justiz vor, und die Regierung respektiert diese Bestimmung in der Praxis im Allgemeinen. Gewöhnlichen Gerichten obliegt die Rechtsprechung in straf- und zivilrechtlichen Angelegenheiten. Es gibt drei Instanzen solcher Gerichte (Amtsgerichte, Landgerichte und den Bundesgerichtshof), mit der Möglichkeit der Revision von einer niedrigeren zu höheren Instanzen. Zusätzlich zu den ordentlichen Gerichten gibt es vier Arten von spezialisierten Gerichten: Verwaltungsgerichte, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte und Steuergerichte. Auch diese Gerichte haben verschiedene Instanzen, und Berufung kann von einer zur nächsthöheren Instanz eingelegt werden.

Das Bundesverfassungsgericht, der oberste Gerichtshof des Landes, überprüft zudem Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und entscheidet über Rechtsstreitigkeiten zwischen unterschiedlichen Regierungszweigen bei Fragen der Zuständigkeit. Es kann auch Fälle über die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte einer Person durch eine öffentliche Behörde anhören und entscheiden.

Die Judikative bietet den Bürgern ein faires und effizientes Gerichtsverfahren, obwohl diese manchmal aufgrund der zunehmenden Zahl von Fällen verzögert wurden. Für einfache oder weniger schwere Fälle gibt es ein Verfahren, das die beschleunigte Anhörung und schnelle Bestrafung auf Amtsgerichtsebene ermöglicht. Die maximale Strafe für derartige Fälle ist auf ein Jahr beschränkt. Im Allgemeinen wird die einjährige Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Die Verfahren sind öffentlich und finden normalerweise mit Schöffen statt, einige Fälle werden von zwei Laienrichtern und zwei oder drei Berufsrichtern gehört. In diesem Fall haben die Laienrichter die gleichen Rechte wie die Berufsrichter. Für die Angeklagten besteht Anwesenheitspflicht, und sie haben das Recht, rechtzeitig einen Anwalt hinzuzuziehen. Ein

Anwalt wird auf Kosten der Öffentlichkeit gestellt, wenn der Angeklagt seine finanzielle Bedürftigkeit nachweisen kann. Der Angeklagte darf Zeugen, die gegen ihn aussagen, mit Tatsachen konfrontieren oder befragen und Zeugen und Beweise zu seinen Gunsten anführen. Außerdem haben Angeklagte und ihre Anwälte Zugang zu Beweisen der Staatsanwaltschaft, die für ihren Fall relevant sind. Sie genießen außerdem eine Unschuldsvermutung und haben das Recht auf Berufung.

f. Willkürliche Eingriffe in die Privatsphäre, Familie, Wohnung oder den Schriftverkehr

Das Grundgesetz und die geschriebenen Gesetze verbieten derartige Maßnahmen und die Regierungsbehörden haben sich in der Praxis im Allgemeinen an diese Verbote gehalten. Allerdings könnte gegen die Privatsphäre von Mitglieder von Organisationen verstoßen worden sein, die unter der Beobachtung der Bundes- oder Landesverfassungsschutzämter stehen (siehe Abschnitte 2.b. und 2.c.).

Das Abhören von Privatgesprächen erfordert die Einwilligung der Gerichte und ist nur dann erlaubt, wenn der Verdacht einer schwerwiegenden Straftat besteht, die eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren zur Folge haben könnte. Im März ordnete das Bundesverfassungsgericht an, dass das Gesetz über das Abhören von Privatgesprächen derart geändert wird, dass die Landessicherheitsabteilung des Landgerichts eine Abhörung nicht mehr anordnen kann, wenn die abgehörten Personen mit engen Verwandten, Ärzten, Priestern oder ihrem Anwalt sprechen. Die Entscheidung wird eine Änderung des Gesetzes erfordern, die aber bis Ende des Jahres noch nicht erfolgt war.

Abschnitt 2

Achtung bürgerlicher Freiheiten, einschließlich:

a. Rede- und Pressefreiheit

Das Grundgesetz sieht Rede- und Pressefreiheit vor, und die Bundesregierung respektierte dieses Recht in der Praxis im Allgemeinen. Es gab jedoch einige Einschränkungen der Rede- und Pressefreiheit. Es gab keine Einschränkungen der akademischen Freiheit.

Verbreitung von Propaganda geächteter Organisationen ist illegal, ebenso wie Aufrufe zur Volksverhetzung, die Billigung des Nationalsozialismus und das Leugnen des Holocaust. Die Behörden versuchten zu blockieren, was sie als gefährliches Material im Internet ansahen. Im März durchsuchte die Polizei in einer deutschlandweiten Aktion mehr als 300 Wohnungen nach rechtsextremen CDs und anderen verbotenen Musikprodukten, um diese sicherzustellen. Es gab beispielsweise eine wachsende Zahl rechtsextremer Musikbands in Niedersachsen, deren Lieder zu Gewalt aufrufen oder fremdenfeindliche oder rassistische Texte aufweisen. Wie in anderen Bundesländern planten Rechtsextreme die Verbreitung derartiger CDs in Schulen in Niedersachsen. Die Regierung Niedersachsens verhinderte die Verbreitung der CDs durch Rechtsextreme, indem sie dies öffentlich zu einer Straftat erklärte. 2003 wurden Mitglieder der Berliner Neonazi-Band Landser aufgrund der Gründung einer kriminellen Vereinigung zu Freiheitsstrafen von 3 Jahren und 4 Monaten bis zu 21 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Im Juli entschied das Verfassungsgericht, dass Neonazigruppen im Allgemeinen das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung genießen. Das oberste Gericht hob ein Verbot eines Landgerichts einer Versammlung von Rechtsextremen zum Protest gegen den Bau einer Synagoge auf. Die Richter führten aus, dass antisemitische oder rassistische Äußerung trotz allem illegal seien.

Abgesehen von diesen Einschränkungen waren die unabhängigen Medien aktiv und brachten ohne staatliche Einschränkungen eine Vielfalt von Ansichten zum Ausdruck.

Das Gesetz verbietet den Zugang zu verbotenen Material (zum Beispiel Kinderpornografie und Nazipropaganda) im Internet, und die Regierung sondierte Wege zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Internetkriminalität. In den Jahren 2002 bis 2004 erließ die Düsseldorfer Bezirksverwaltung 90 Verordnungen gegen Internetprovider in Nordrhein-Westfalen mit der Auflage, den Zugang zu bestimmten Websites mit rechtsextremen Inhalten zu blockieren. Die Berufungen gegen diese Verordnungen waren gegen Ende des Jahres noch bei Gericht anhängig.

Ein Bericht des Bundes von 2003 schätzte die Zahl der Websites mit zum Hass aufrufender Propaganda auf mehr als 950. Während die Zahl derartiger Websites aufgrund von strafrechtlicher Verfolgung durch den Staat leicht abnahm, setzten extremistische Gruppen andere Methoden wie E-Mails und Chatrooms für die Überbringung ihrer Botschaft ein. Der Bundesgerichtshof entschied, dass die Gesetze des Landes gegen Rechtsradikalismus auf Personen angewendet werden können, die nationalsozialistisches Material auf Websites stellen, die Nutzern zur Verfügung stehen, selbst wenn die Website auf einem ausländischen Server liegt.

b. Friedliche Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Das Gesetz sieht Versammlungsfreiheit vor, und die Bundesregierung hat das Recht in der Praxis im Allgemeinen respektiert; verbotenen Organisationen wurde es jedoch nicht gestattet, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Zusammenkünfte im Freien und Märsche müssen genehmigt werden, und Behörden auf Bundes- und Landesebene haben die Befugnis, solche Genehmigungen abzulehnen, wenn Bedenken bezüglich der öffentlichen Sicherheit auftreten oder verbotene Organisationen versuchen, öffentliche Versammlungen abzuhalten.

Im März 2004 bestätigte das Oberlandesgericht Münster ein Verbot zweier geplanter Demonstrationen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gegen den Bau einer Synagoge in Bochum durch die örtlichen Behörden. Das Gericht zitierte die antisemitischen Tendenzen der Partei und das volksverhetzende Motto der Demonstration als Begründung für das Verbot. Die NPD legte beim Bundesverfassungsbericht gegen diese Entscheidung Verfassungsbeschwerde ein. Im Juni, als örtliche Strafverfolgungsbehörden eine weitere geplante NPD-Demonstration gegen den Bau der Synagoge verboten, wandte sich die Partei direkt an das Verfassungsgericht, das einstimmig eine einstweilige Verfügung gegen das Verbot erteilte. Die Demonstration fand am 28. Juni statt. Bis Jahresende war der Fall noch beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Im August nahmen in Wunsiedel mehr als 2.000 Neonazis an einem jährlichen Marsch zum Gedenken an Rudolf Hess teil. Die Stadtbehörden hatten versucht, den Marsch zu verbieten, aber das bayerische Verwaltungsgericht entschied gegen das Verbot. Es versammelten sich auch mehrere hundert Personen zur Demonstration gegen den Marsch. Behörden nahmen 105 Personen fest, weil sie Waffen und illegale Symbole wie Hakenkreuze trugen.

Am 20. September verbot der Berliner Senat den ersten Arabisch-Islamischen Kongress in Europa, der vom 1. bis 3. Oktober in Berlin stattfinden sollte. Der Organisator der Konferenz benutzte in den Medien und auf seiner Website antisemitische Slogans und wurde mit den Worten zitiert, es sei eine "heilige Pflicht" sich dem "US-britischen-zionistischen Terror" und der "Hegemonie" zu widersetzen. Er rief zur "Befreiung aller besetzten Länder" und zum Widerstand "gegen Aggression und Okkupation in Palästina und im Irak" auf. Gemäßigte muslimische Organisationen und Vertreter Deutschlands äußerten sich öffentlich besorgt über die geplante Veranstaltung und erklärten, sie verstoße gegen deutsche Gesetze über Volksverhetzung. Am 18. September wurde dem Konferenzorganisator Fadi Madi die Einreise nach Deutschland aus diesen Gründen verweigert, und er wurde an seinen Wohnort im Libanon zurückgeschickt.

Das Gesetz sieht Vereinigungsfreiheit vor, und die Bundesregierung hat das Recht in der Praxis im Allgemeinen respektiert; das Grundgesetz und das Gesetz über Vereinigungsfreiheit erlauben

jedoch das Verbot von Organisationen, deren Aktivitäten als unrechtmäßig angesehen werden oder im Gegensatz zu der im Grundgesetz niedergelegten verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung stehen. Das Bundesverfassungsgericht ist die einzige Instanz, das politische Parteien aus diesen Gründen verbieten kann. Bundes- oder Landesregierungen können andere Organisationen aus diesen Gründen verbieten, gegen eine solche Entscheidung können jedoch Rechtsmittel eingelegt werden. Zu solchen verbotenen Organisationen zählen eine Reihe von Gruppen, die Behörden im Allgemeinen als rechts- oder linksextremistisch, ausländisch-extremistisch oder von ihrem Wesen her als kriminell einstufen. Mehrere hundert Organisationen wurden von den Büros des Bundesamts für Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene überwacht (siehe Abschnitt 1.f.). Die Verfassungsschutzämter wurden beauftragt, mögliche Bedrohungen der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung zu untersuchen; sie hatten keine Strafverfolgungsbefugnisse. Die Überwachung bestand im Allgemeinen aus der Sammlung von Informationen aus Schriftdokumenten oder Berichten aus erster Hand zur Beurteilung der möglichen Bedrohung. Die Überwachung durch die Verfassungsschutzämter mag zwar die andauernden Aktivitäten von Organisationen nicht beeinträchtigen, es wird jedoch eine Liste der überwachten Organisationen herausgegeben, was die Aktivitäten der Organisationen beeinflussen könnte (siehe Abschnitt 2.c.). Manchmal wurden einschneidendere Methoden wie der Einsatz von verdeckten Ermittlern angewandt, die allerdings rechtlichen Kontrollen unterliegen.

Im Oktober 2003 durchsuchten über 300 Polizisten die Wohnungen und Treffpunkte mutmaßlicher Neonazigruppen in Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Polizei fand Waffen und verhaftete mehrere Personen wegen des Verdachts der "Bildung einer politisch motivierten kriminellen Vereinigung". Die Verdächtigen wurden mit der internationalen Neonazigruppe Combat 18 in Verbindung gebracht. Sieben Personen wurden festgenommen. Im April verurteilte das Landgericht Kiel einen der Inhaftierten, einen bekannten Rechtsextremisten, in 13 Fällen wegen illegalen Waffenhandels zu einer Haftstrafe von drei Jahren und zwei Monaten. Von den verbleibenden sechs Verdächtigen erhielten zwei eine Bewährungsstrafe in einem Verfahren in Zusammenhang mit Schusswaffen, einer blieb in Erwartung seines Verfahrens über illegalen Waffenhandel inhaftiert und drei wurden aus der Untersuchungshaft entlassen und warten auf ihr Verfahren.

Der in Aachen ansässige islamistische Al-Aksa-Verein, der 2002 von Innenminister Otto Schily wegen seiner finanziellen Unterstützung der Terrororganisation Hamas verboten worden war, legte gegen das Verbot beim Bundesverfassungsgericht im August 2002 Revision ein. Im Juli entschied das Gericht, das Verbot bis zum Abschluss des Verfahrens auszusetzen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte am 3. Dezember in einer letztinstanzlichen Entscheidung das Verbot des Al-Aksa-Vereins.

Neun Mitglieder der Kameradschaft Süd, einer Gruppe von Neonazis aus Süddeutschland, wurden angeklagt, 2003 einen Bombenanschlag auf die Baustelle eines geplanten jüdischen Gemeindezentrums in der Münchner Innenstadt geplant zu haben. Die erste von zwei Gerichtsverhandlungen, bei der drei jugendliche Mädchen und zwei Männer angeklagt wurden, begann im Oktober. Zum Schutz der jugendlichen Angeklagten wurde die Öffentlichkeit von diesem Prozess weitgehend ausgeschlossen. Das Verfahren gegen den Anführer Martin Wiese und drei Mitglieder seines inneren Führungskreises begann im November.

c. Religionsfreiheit

Das Grundgesetz sieht Religionsfreiheit vor, und die Bundesregierung respektierte dieses Recht in der Praxis im Allgemeinen. Allerdings gab es wieder einige Beispiele für die Diskriminierung religiöser Minderheiten.

Kirche und Staat sind getrennt, obwohl der Staat Religionsgemeinschaften mit dem Status einer "Körperschaft des öffentlichen Rechts" einige Sonderrechte zuerkennt. Der Status berechtigt sie unter anderem zur Erhebung von Steuern bei ihren Mitgliedern, die der Staat für sie einzieht. Die

Entscheidung, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zuzuerkennen, wird auf Landesebene getroffen, aber zu den Voraussetzungen zählen üblicherweise eine Mindestanzahl von Mitgliedern sowie finanzielle Mittel, Nachweis der Kontinuität des Bestehens und die Achtung und Befolgung des Grundgesetzes.

Es besteht keine Pflicht zur Registrierung von religiösen Organisationen, allerdings waren viele registriert und wurden somit als gemeinnützige Vereine behandelt, womit sie steuerbefreit waren.

Aus verwaltungstechnischen Gründen erkennt der Staat einige Glaubensorganisationen nicht als Religionen an, darunter Scientology. Er hindert die Organisationen allerdings nicht an der Ausübung ihrer öffentlichen und privaten religiösen Aktivitäten. Insbesondere die Scientology-Kirche wird stattdessen als wirtschaftliches Unternehmen betrachtet. Zudem haben Bundes- und Landesbehörden Scientology als potenzielle Bedrohung der demokratischen Ordnung eingestuft. Diese Maßnahmen haben zur Diskriminierung von Scientologen bei der Beschäftigung und in der Geschäftswelt im öffentlichen und privaten Sektor geführt. Im föderalen System gab es im Hinblick auf den Umgang mit Scientology große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die meisten Länder überwachten Scientology nicht, aber Bayern, das erfolglos Unterstützung bei anderen Ländern für ein bundesweites Verbot suchte, setzte seine Überwachung fort. Baden-Württemberg überwachte Scientology, die es eine gefährliche Sekte nannte, ebenfalls weiter. Im November entschied das Verwaltungsgericht Köln, dass die Überwachung von Scientology durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, einschließlich des Einsatzes der verdeckten Ermittlung, rechtmäßig sei. Das Gericht befand, es lägen "tatsächliche Anhaltspunkte" für Bestrebungen der Scientologen vor, die "gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" der Bundesrepublik Deutschland gerichtet seien. Das Gericht wies eine Eingabe von Scientology zur Beendigung der seit 1997 stattfindenden Überwachung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz zurück. Die Scientologen kündigten ihre Berufung gegen die Entscheidung an.

Scientologen sahen sich anderen Formen der Feindseligkeit und Verdächtigen durch offizielle Stellen ausgesetzt. Laut Auskunft der Scientologen zog das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg den Preis zur Unterstützung junger Unternehmen zurück, als es im Oktober erfuhr, dass ein junger Scientologe den mit 15.000 Euro dotierten Preis gewonnen hatte. In einem anderen Fall behauptete ein Scientologe, seine von der Berliner Industrie- und Handelskammer ausgestellte Lizenz als Experte für Immobilienfälle sei aufgrund seiner Verbindung mit der Scientology-Kirche nicht verlängert worden. Die Handelskammer erklärte, dass Scientologen nicht nur nicht auf dem Immobilienmarkt aktiv sein sollten, sondern dass viele Richter die Aussage eines mit Scientology in Verbindung stehenden Zeugen auch nicht akzeptieren würden.

Seit 1996 haben Arbeitsämter im ganzen Land eine Verwaltungsanweisung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit umgesetzt, in der sie angewiesen wurden, die Namen von Firmen mit einem "S" zu versehen, die im Verdacht stehen, Scientologen zu beschäftigen, eine Kennzeichnung, die später freiwillig erfolgte. Beschäftigungsbeauftragte sollen ihre Kunden warnen, dass sie an diesen Arbeitsplätzen auf Scientologen treffen könnten. Die Scientologen behaupten, das "S" verletze ihr Recht auf Schutz der Privatsphäre und beeinträchtige ihr Leben. Privatwirtschaftliche Firmen untersuchen oft die Zugehörigkeit zu Scientology und geben die Beobachtung von Scientology durch das Bundesamt für Verfassungsschutz häufig als Rechtfertigung für Diskriminierung an. Anders als in den vorigen Jahren gab es keine Berichte, dass das Bundesvermögensamt den Verkauf von Immobilien an Scientologen ausschloss.

Außerhalb des öffentlichen Sektors setzte die Lutheranische Kirche "Sektenbeauftragte" ein, um die Öffentlichkeit über angebliche von Scientology ebenso wie von der Vereinigungskirche, Bhagwan-Osho und der Transzendentalen Meditation ausgehenden Gefahren zu warnen. Die Lutheranische Kirche beschreibt auch die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen), die Zeugen Jehovas, die Kirche Christi, die Christlichen Wissenschaftler, die Neuapostolische Kirche und die Johanniskirche als Sekten, wenn auch in weniger negativer Sprache als Scientology.

Die Vereinigungskirche legte Rechtsmittel gegen das Einreiseverbot der Regierung gegen den Gründer der Vereinigungskirche, Sun Myung Moon, und seine Frau, Hak Ja Har Moon, ein. Bundesgerichte haben entschieden, dass das Verbot nicht gegen die Freiheit der Kirchenmitglieder verstößt, ihre Religion auszuüben. Zum Jahresende war die Beschwerde gegen das Verbot noch rechtshängig. Im Dezember bot das Berliner Verwaltungsgericht den Zeugen Jehovas unter Auflagen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an. Sollte sie angenommen werden, gibt es folgende Auflagen: Die Zeugen Jehovas dürfen keine Kirchensteuer erheben, sie dürfen keinen Religionsunterricht in Schulen erteilen und sie erhalten keinen Kirchenbeamtenstatus. Bis Jahresende gab es keine Reaktion der Zeugen Jehovas auf diesen Vorschlag.

Im April erließ Baden-Württemberg nach vielen Rechtsmanövern und Debatten in den Jahren 2002 und 2003 als erstes Land ein Gesetz, das Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs an öffentlichen Schulen verbietet. Saarland, Hessen und Bayern folgten bald darauf. Im Juni hielt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dieses Gesetz aufrecht, ebenso wie die Entscheidung des Landes, der Klägerin Fereshta Ludin eine Lehrerstelle zu verweigern. Im März suspendierten die Behörden Baden-Württembergs die Lehrerin Gabriele Graber, weil sie sich weigerte, ihr Kopftuch abzunehmen. Die Suspendierung Grabers wird bis zu einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig über den Fall aufrecht erhalten. Bis Jahresende waren auch noch andere Fälle an den Gerichten anhängig. Ein geändertes Schulgesetz, das im Mai in Niedersachsen in Kraft trat, verbot es muslimischen Lehrerinnen ebenfalls, das Kopftuch während ihres Dienstes an öffentlichen Schulen zu tragen. Am 8. Oktober verabschiedete das Landesparlament in Hessen ein Gesetz, das allen Staatsbediensteten das Tragen von Kopftüchern untersagt. Im Gegensatz dazu erlaubt Hamburg seinen Lehrerinnen das Tragen des Kopftuchs.

Im Oktober entschied ein Gericht in Leipzig, dass christliche Nonnen, die an öffentlichen Schulen unterrichten - eine durchaus übliche Praxis - sich ebenfalls an das Gesetz Baden-Württembergs halten müssen, das das Tragen von religiösen Symbolen an Schulen verbietet. Als Bayern im November Kopftücher und andere religiöse Symbole, die der verfassungsmäßigen Ordnung nicht entsprachen, verbot, wurde das Tragen von Kreuzen oder Ordenstrachten der Nonnen nicht verboten, da sie als Berufsuniformen galten.

Obwohl der traditionelle, auf religiösen Doktrinen und traditionellen Vorurteilen gegen Juden basierende Antisemitismus fortbesteht, sind führende jüdische Persönlichkeiten, Akademiker und andere der Meinung, dass in Deutschland eine neuere, nichttraditionelle Form von Antisemitismus entsteht. Diese Form betreibt die Förderung des Antisemitismus als Teil eines umfassenderen Feldzugs gegen Globalisierung, Kapitalismus, Zionismus und Ausländer.

Laut Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz für das Jahr 2003 fiel die Gesamtzahl der erfassten antisemitischen Verbrechen auf 1.199 (von 1.515 im Jahre 2002). Die darin enthaltene Anzahl der Gewaltverbrechen stieg jedoch von 28 auf 35 und die Zahl der Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Synagogen oder Gedenkstätten von 78 auf 115. Am 31. Juli versuchte ein Rechtsextremer einem jungen Mann, der mit aufgenähtem Davidstern eine Straße in Berlin entlang lief, eine Broschüre der NPD in die Hand zu drücken. Nachdem der junge Mann die Broschüre fallen lies, versuchte der Rechtsextreme, ihn zu würgen und auf den Boden zu werfen, wobei er ihn leicht verletzte. Die Behörden nahmen den Täter fest und erhoben Anklage.

Laut der Zionistischen Organisation Frankfurts belästigten vier Männer im August in der Frankfurter Innenstadt einen englischsprachigen orthodoxen Juden. Sie riefen: "Sie haben vergessen, deine Eltern in die Gaskammer zu schicken" und schubsten das Opfer, bis es auf den Boden fiel. Die Männer flohen danach sofort vom Tatort.

Die Schändung jüdischer Friedhöfe war noch immer die am weitesten verbreitete antisemitische Gewalttat. Im Januar warfen Wandalen eine Reihe von Grabsteinen auf einem jüdischen Friedhof

in Nickenich um. Sie beschmierten vier weitere Grabsteine mit schwarzer Farbe und gruben eines der Gräber auf dem Friedhof teilweise auf. Die Polizei setzte eine Belohnung von 2.500 Euro für Informationen über den Vorfall aus. Im April beschmierten Nazis fünf Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof in Bausendorf mit Hakenkreuzen. Im Juni schmissen Wandalen auf einem jüdischen Friedhof in Alsbach Hähnlein zwei Grabsteine um und ritzen Hakenkreuze in sieben weitere; die Polizei untersucht den Vorfall.

Ebenfalls im Juni wurden 45 Grabsteine auf einem alten jüdischen Friedhof in Düsseldorf mit Hakenkreuzen, SS-Zeichen und antijüdischen Parolen beschmiert. Ein anderer jüdischer Friedhof in Bochum wurde im August verwüstet. Die Polizei konnte die Täter nicht identifizieren. Im Oktober gab die Polizei bekannt, dass der jüdische Friedhof in Jülich geschändet wurde; die Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und anderen antisemitischen Symbolen besudelt.

Am 23. September demonstrierten 350 Menschen im Landkreis Neunkirchen (Saarland) gegen die Schändung des jüdischen Friedhofs in der Hermannstraße Anfang des Monats. Der Friedhof wurde bei der Schändung laut Polizeiangaben nahezu vollständig zerstört. Wandalen hatten die Gräber in der Hermannstraße seit 1971 zehnmal überfallen, davon zweimal in diesem Jahr. Der Vorfall ereignete sich nach dem merklichen Wahlerfolg der politisch weit rechts stehenden NPD in Neunkirchen (5,6 Prozent) und dem benachbarten Völklingen (9,7 Prozent) in den saarländischen Landtagswahlen am 5. September.

Am 8. Dezember entdeckte man, dass Poster mit einer Werbekampagne gegen das Vergessen des Holocaust im Berliner Bezirk Steglitz mit antisemitischen, eine Neonaziorganisation unterstützenden Graffiti und Parolen beschmiert worden war.

Die jüdische Gemeinde Frankfurt übte starke Kritik am antisemitischen Verhalten einiger islamischer Vertreter auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober. Jüdische Vertreter führten als Beispiel offen abgebildete antisemitische Texte wie im Falle des Buchs Terror and Zionist Thinking an, auf dessen Umschlag eine Person mit einem Totenkopf und einem Davidstern in einer Blutlache steht.

In Deutschland waren alle Richtungen des Islam vertreten, wobei die große Mehrheit der Muslime aus dem Ausland stammt. Es gab weiterhin Bereiche, in denen das Gesetz im Widerspruch zu den islamischen Praktiken stand oder Fragen bezüglich der Religionsfreiheit aufwarf, insbesondere in der Kopftuchfrage. Die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft war weiterhin ein kontrovers diskutiertes Thema, insbesondere nach gewalttätigen Vorfällen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen im Nachbarland Holland.

Die Polizei berichtete, dass im November ein Molotowcocktail auf eine Moschee bei Heidelberg geschmissen wurde und einen Schaden in Höhe von 10.000 Euro verursachte. Im Dezember wurde ein 17-jähriger in Tadschikistan geborener Deutscher Staatsangehöriger wegen des Brandanschlags festgenommen. Ebenfalls im November nahmen 25.000 Muslime an massiven Protesten gegen Terrorismus und Krieg in Köln teil und unterstrichen damit ihre Ablehnung von Gewalt.

Es gab weiter Berichte über Widerstand gegen den Bau von Moscheen in mehreren Gemeinden im Land. Die Beschwerdeführer gaben im Allgemeinen eine erhöhte Verkehrs- und Lärmbelästigung als Grund an. Eine Diskussion darüber, ob Muslime Lautsprecher in Wohngebieten benutzen dürfen, um Gläubige zum Gebet zu rufen, wurde fortgesetzt.

Die Behörden führten einen Reihe von Programmen zur Förderung der Toleranz durch, die sich vornehmlich auf Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit konzentrierten. Regierungsbehörden arbeiteten mit Nichtregierungsorganisationen bei der Formulierung und Verwaltung dieser Programme zusammen. Hamburger Behörden haben mit der aktiven Beteiligung der muslimischen Gemeinschaft damit begonnen, religionsübergreifenden Unterricht an öffentlichen Schulen anzubieten. Dies wird "Hamburger Modell" genannt.

Im April war die Regierung Gastgeber einer Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) zum Thema Antisemitismus. Die OSZE-Konferenz verabschiedete die "Berliner Erklärung", in der die 55 Teilnehmerstaaten aufgerufen wurden, eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung von Toleranz und Respekt für alle religiösen Gruppen umzusetzen.

Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem 2004 International Religious Freedom Report.

d. Bewegungsfreiheit im Land, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung

Diese Rechte sind im Grundgesetz verankert, und die Bundesregierung respektierte sie in der Praxis im Allgemeinen. Für Bürger deutscher Abstammung aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sieht das Grundgesetz sowohl die Staatsbürgerschaft unmittelbar nach Antragstellung als auch das Aufenthaltsrecht ohne Einschränkungen vor.

Das Gesetz führt aus, dass Ausländer ihren Wohnsitz acht Jahre im Inland haben müssen, um eingebürgert zu werden. Seit dem 1. Januar 2000 erhalten Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren legal seinen Wohnsitz im Inland hat. Bis zum Alter von 18 Jahren können diese Kinder sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten, danach müssen sie sich für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden. Wenn sie diese Wahl nicht bis zum Alter von 23 Jahren getroffen haben, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit muss nachgewiesen werden.

Das Grundgesetz verbietet erzwungenes Exil, und die Regierung hat es nicht verfügt.

Das Land ist Mitgliedstaat der UN-Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 sowie des ergänzenden Protokolls von 1967, und das Grundgesetz und die Gesetzgebung spiegeln dies wider. Die Regierung bot Schutz vor Refoulement (der Abschiebung einer Person in ein Land, in dem ihr Verfolgung droht) und gewährte Flüchtlingsstatus oder Asyl. Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen arbeiteten mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen humanitären Organisationen bei der Unterstützung von Flüchtlingen zusammen, obwohl Fragen der Einwanderung vornehmlich Ländersache sind.

Im Juli verabschiedeten Bundestag und Bundesrat ein neues Einwanderungsgesetz, das strengere Maßnahmen für die Sicherheit und die Bekämpfung des Terrorismus vorsieht, wie Überprüfungen und einfachere Abschiebung von mutmaßlichen Terroristen und von Personen, die zur Volksverhetzung aufrufen. Das Gesetz bietet auch besseren Schutz für Flüchtlinge, da geschlechtsspezifische Verfolgung und Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure als Gründe für die Gewährung von Asyl anerkannt werden. Es vereinfachte die Ausstellung von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für hochqualifizierte Ausländer, ausländische Studenten und Investoren. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die Regierung befolgte weiterhin eine EU-Verordnung, die bestimmt, dass Personen, die versuchen, über ein "sicheres Transitland" (Mitgliedstaaten der EU oder die Genfer Flüchtlingskonvention befolgende Länder) nach Deutschland einzureisen kein Asyl gewährt wird, und sie an der Grenze zurückgewiesen oder in das "sichere Transitland" zurückgeschickt werden können, wenn es ihnen gelungen war, ins Land zu gelangen. Personen, deren Asylanträge abgewiesen wurden, hatten zwei Wochen Zeit, Widerspruch gegen diese Entscheidung einzulegen. Personen, die auf einem internationalen Flughafen ankamen und von denen angenommen wurde, sie kämen aus einem "sicheren Herkunftsland", konnten in dafür vorgesehenen Einrichtungen auf dem Flughafen festgehalten werden. In diesen Fällen musste das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge binnen 48 Stunden die

Entscheidung über einen Asylantrag treffen oder der Person die Einreise nach Deutschland gestatten. Der Antragsteller konnte innerhalb von drei Tagen bei einem Verwaltungsgericht Einspruch gegen einen negativen Bescheid einlegen, und das Gericht musste binnen 14 Tagen einen Beschluss fassen oder der Person die Einreise ins Land genehmigen. Obwohl der Aufenthalt in den Einrichtungen auf dem Flughafen auf maximal 19 Tage begrenzt ist, wurden Personen, deren Anträge abgewiesen wurden, die aber nicht sofort abgeschoben werden konnten, angeblich monatelang auf dem Flughafen festgehalten - eine von einigen Flüchtlingshilfegruppen und Menschenrechtsaktivisten kritisierte Praxis.

Die Zahl der Asylbewerber nahm während des Jahres von 35.607 auf 50.563 im Jahr 2003 ab, ein Rückgang von 29,6 Prozent. Laut Innenministerium wurde 1,5 Prozent der Antragsteller Asyl gewährt. Die Mehrheit der Asylbewerber stammte aus der Türkei, Serbien und Montenegro und Russland. Antragsteller, die ins Land gekommen waren und deren Asylantrag bei ihrer ursprünglichen Anhörung vor dem Verwaltungsgericht abgelehnt worden war, konnten Berufung gegen den Gerichtsbeschluss einlegen, und 80 Prozent der Antragsteller, deren Asylantrag abgelehnt worden war, taten dies. Nur rund drei bis vier Prozent der ablehnenden Bescheide wurden aufgehoben. Die abgewiesenen Asylbewerber durften für die Dauer des Berufungsverfahrens, das gewöhnlich mindestens ein Jahr und manchmal entschieden länger dauerte, im Land bleiben. Während dieser Zeit wurde den Asylbewerbern eine Unterkunft zur Verfügung gestellt, und sie erhielten zusätzlich Sozialleistungen. Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien durften nach einer einjährigen Wartezeit arbeiten. Personen, die während des Abschiebeprozesses nicht kooperierten oder bei denen angenommen wurde, dass sie fliehen würden, um der Abschiebung zu entgehen, konnten in Abschiebehaft genommen werden. Die Dauer der Abschiebehaft betrug im Durchschnitt fünf bis sechs Wochen.

Die Regierung bot auch vorübergehenden Schutz für Personen, die nicht als Flüchtlinge gemäß der Konvention von 1951 und dem Protokoll von 1967 anerkannt wurden. Fast zwei Prozent der Antragsteller, deren Asylanträge abgelehnt wurden, die jedoch bei der Rückkehr in ihr Heimatland Gefahren ausgesetzt wären, erhielten vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen. Es wurde jedoch erwartet, dass sie das Land verlassen, wenn die Gegebenheiten in ihrem Heimatland ihre sichere Rückkehr gestatten.

In einigen Fällen beschuldigten Beobachter die Behörden in Hessen, Ausländer entgegen der humanitären Praxis abgeschoben zu haben. Usinger Behörden schoben die Eltern von zwei Jugendlichen ab, die im Land blieben. In einem anderen Fall schob die Polizei Usingen drei Jugendliche in die Türkei ab und ließ den Rest der Familie zurück. Im Februar schob der Grenzschutz eine Frau aus Tunesien ab (sie war in einer Frankfurter Klinik in psychiatrischer Behandlung), nachdem ihr Asylantrag abgewiesen wurde; Ärzte und Menschenrechtsgruppen protestierten, dass die Frau nicht in der gesundheitlichen Verfassung war, um abgeschoben zu werden.

Die Staatsanwaltschaft Trier erklärte am 6. August, dass sie nicht in der Lage sei, voneinander unabhängige Vorwürfe von vier Chinesen wegen Missbrauchs und Einschüchterung durch chinesische Behörden im Jahr 2003 zu überprüfen. Die vier Kläger forderten eine Neuverhandlung des Falls.

Metin Kaplan, der ehemalige Islamistenführer des türkischen "Kalifatstaats", wurde im Oktober nach vier Jahren Haft wegen Aufrufes zum Mord an einem Gegner in die Türkei abgeschoben, wo er wegen Terrorismus angeklagt ist. Kaplans Auslieferung wurde wegen Zweifeln, ob in der Türkei ein faires Gerichtsverfahren stattfinden kann, verschoben. Am 26. Mai billigte das Oberverwaltungsgericht Münster allerdings seine Abschiebung, nachdem es die Veränderungen der türkischen Gesetze, insbesondere die Abschaffung der Todesstrafe und die Zusicherungen, dass Kaplan ein faires Verfahren bekommen würde, gewürdigt hatte.

Die Regierung schätzte, dass sich rund 59.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo im Land befinden, bei denen die Voraussetzungen für eine Abschiebung gegeben sind. Davon waren 21.000

Kosovo-Albaner und 38.000 Mitglieder ethnischer Minderheiten: Serben, Roma, Bosniaken (muslimische Slawen), Askalii/Ägypter und Gorani. Die Regierung stimmte der Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK) zu, alle unfreiwilligen Rückführungen von Roma, Askalii und Serben einzustellen und die Rückführungen von Bosniaken und Gorani fortzusetzen.

Nach dem Terroranschlag in einem Moskauer Theater in Russland im Jahr 2002 empfahl das Bundesministerium des Inneren den entsprechenden Behörden auf Landesebene, Ausweisungen von Tschetschenen für eine gewisse Zeit auszusetzen und bislang abgewiesene Asylfälle von Tschetschenen, die sich weiterhin im Land aufhielten, neu zu bewerten. Trotzdem wurden laut Amnesty International (AI) viele Asylanträge von Tschetschenen in jenem Jahr abgelehnt. Im Februar demonstrierten 100 Flüchtlinge aus Tschetschenien in Bielefeld gegen Abschiebung; im April demonstrierten mehr als 60 Flüchtlinge in Hamburg gegen ihre drohende Abschiebung.

Mehrere Länder versuchten, die Rückführung nicht kooperativer abgelehnter Asylbewerber durch die Öffnung kommunaler Einrichtungen zu beschleunigen, in denen die Ausländer untergebracht wurden, während die Behörden gültige Informationen bezüglich ihrer Identität und Staatsbürgerschaft einholten. Einige Flüchtlings- und Kirchenorganisationen kritisierten diese Zentren als inhuman und führten an, die spartanische Ausstattung und der relative Mangel an Bewegungsfreiheit übten psychologischen Druck auf die Bewohner aus. Die Behörden entgegneten, dass der Schwerpunkt der Zentren auf Beratung und Entwicklung beruflicher Qualifikationen die Bereitschaft der Insassen förderte, freiwillig auszureisen und ihre Chancen auf Erfolg in ihren Heimatländern verbesserte.

Gemäß der Statistiken für das erste Halbjahr lagen bei 16.151 Afghanen und 12.922 Irakern die Voraussetzungen für eine Abschiebung vor, die Behörden verlängerten allerdings ein Moratorium für die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge bis zur Abgabe von Empfehlungen durch eine Expertengruppe, die Mitte des Jahres eingesetzt wurde, und der Innenminister entschied im Juli, dass die Bedingungen die zwangsweise Abschiebung von Iraker in den Irak nicht erlaubten.

Abschnitt 3

Achtung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger auf Herbeiführung eines Regierungswechsels

Das Grundgesetz gibt Bürgern die Möglichkeit, auf friedliche Weise einen Regierungswechsel herbeizuführen, und die Bürger machten von diesem Recht in regelmäßigen Abständen durch freie und faire Wahlen Gebrauch. Die Abgeordneten des Bundestages werden alle vier Jahre in allgemeinen und geheimen Wahlen gewählt; ein Teil über Direktmandate aus den Wahlkreisen und ein Teil über Parteilisten. Der Bundesrat setzt sich aus Abordnungen der Landesregierungen zusammen, es gibt keine direkten Bundesratswahlen.

Im 2002 gewählten Bundestag sind zwei große Parteien vertreten, die SPD und die Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union (CDU/CSU) sowie drei kleinere Parteien, die Freie Demokratische Partei (FDP), Bündnis 90/Die Grünen und die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit nur zwei Sitzen. Das Bundesverfassungsgericht kann politische Parteien, die aktiv die liberale demokratische Ordnung untergraben, verbieten (siehe Abschnitt 2.b).

Presseberichte über Fehlverhalten einiger bekannter Abgeordneter führten zu einer öffentlichen Debatte über die Auswirkungen von Nebenjobs und Nebeneinkommen auf das Verhalten der Politiker im Amt. Diese Debatte schadete dem Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität des Parlamentes anscheinend nicht.

Zwar gab es kein Bundesgesetz über den öffentlichen Zugang zu Regierungsinformationen, aber vier Länder - Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben Gesetze zur Informationsfreiheit. In diesen Ländern wurde der Zugang zu Informationen meist aus Gründen der Unternehmensvertraulichkeit und einer restriktiven Auslegung des Gesetzes

verweigert. Für den Erhalt von Informationen erhobene Gebühren waren kein maßgeblicher Hinderungsgrund. In allen vier Ländern mit derartigen Gesetzen können Rechtsmittel eingelegt werden.

Das Bundesministerium des Innern erteilte im Juli eine Weisung zur Förderung von Weiterbildung und anderen Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption.

Gemäß Gesetz sind Frauen berechtigt, in vollem Umfang am politischen Leben teilzunehmen und eine zunehmende Zahl von ihnen nimmt bereits wichtige Positionen in der Regierung und in den Parteien ein. Am Bundesverfassungsgericht waren 4 der 16 Richter weiblich. Zwei der im Bundestag vertretenen Parteien hatten Frauen als Vorsitzende und der Anteil der Frauen im Bundestag stieg von 30,9 auf 32,8 Prozent. Sechs Mitglieder des 14-köpfigen Kabinetts waren Frauen.

In der Regierung waren nur wenige Angehörige von Minderheiten vertreten. Es gab zwei Bundestagsabgeordnete türkischer Abstammung, einen von teils indischer Herkunft und einen Abgeordneten der einheimischen sorbischen Minderheit. Am 13. Juni wurden zwei türkischstämmige Kandidaten in das Europäische Parlament gewählt.

Abschnitt 4

Haltung der Regierung zu Untersuchungen von mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen durch internationale Gremien oder Nichtregierungsorganisationen

Eine Vielzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsgruppen engagierte sich. Sie unterlagen im Allgemeinen weder bei ihren Nachforschungen noch bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse Einschränkungen seitens der Regierung. Regierungsvertreter waren kooperativ und ihren Ansichten gegenüber aufgeschlossen.

Abschnitt 5

Diskriminierung, Misshandlung durch die Gesellschaft, Menschenhandel

Es ist gesetzlich untersagt, jemandem aufgrund von Rasse, Behinderung, Geschlecht, ethnischer Abstammung, politischer Meinung oder Staatsangehörigkeit den Zugang zu Unterkunft, Gesundheitsversorgung oder Bildung zu verwehren.

Die Regierung hatte eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2000 zur Schaffung eines allgemeinen Rahmens (Antidiskriminierungsgesetz) zur Gleichbehandlung bei Einstellung und Beschäftigung noch nicht umgesetzt. Mittels der Rahmenvorgaben soll Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glaube, Behinderung, Alter und sexueller Ausrichtung bekämpft werden.

Frauen

Gewalt gegen Frauen ist gesetzlich verboten, und die Regierung hat eine Reihe von rechtlichen und gesellschaftlichen Strukturen zu ihrer Bekämpfung geschaffen. Gewalt gegen Frauen stellte trotz allem ein Problem dar, über das nach allgemeiner Ansicht nicht genügend berichtet wurde. Es gibt keine landesweiten Statistiken, aber das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schätzt im Jahr 2003 die Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen auf etwa 45.000 pro Jahr. 2003 wurden laut Polizeistatistik 8.766 Fälle von Vergewaltigung und schwerer sexueller Nötigung registriert. In der Gesellschaft wird diese Form der Gewalt extrem negativ bewertet, und sowohl gesetzliche als auch medizinische Hilfe ist vorhanden. Im Laufe des Jahres gab es Regierungskampagnen in Schulen und in Zusammenarbeit mit Kirchengruppen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Form der Gewalt zu lenken. Außerdem unterstützte die Regierung zahlreiche Projekte zur Bekämpfung des Problems. Es gab 324 Frauenhäuser, in denen die Opfer von Gewalt und ihre Kinder Zuflucht, Beratung, gesetzlichen und polizeilichen Schutz finden. Das Gesetz bietet die Möglichkeit, einen gewalttätigen Ehemann oder Lebenspartner aus der gemeinsamen Wohnung zu entfernen.

Prostitution ist legal. Der Gesetzgeber hat neue Regelungen gebilligt, nach denen Prostituierte besseren Zugang zu Sozialleistungen bekommen; zum Beispiel die Chance, sozialversichert zu arbeiten und ihren Lohn vor Gericht einzuklagen.

Sexuelle Belästigung von Frauen wurde allgemein als Problem anerkannt. Die Presse berichtete von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und in öffentlichen Einrichtungen. Gewerkschaften, Kirchen, Regierungsstellen und NROs boten eine Reihe von Unterstützungsprogrammen für betroffene Frauen an und finanzierten Seminare und Kurse, um sexueller Belästigung vorzubeugen.

Das Gesetz sieht gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit vor; Frauen wurden in Bezug auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit nicht diskriminiert, allerdings waren sie in gut bezahlten Führungspositionen unterrepräsentiert und in einigen Niedriglohnberufen unverhältnismäßig vertreten; ihr monatlicher Durchschnittslohn lag unter dem der Männer.

Kinder

Die Regierung engagierte sich weiterhin intensiv für die Rechte und das Wohl der Kinder und finanzierte großzügig staatliche Bildungssysteme und medizinische Versorgung. Staatliche Bildung, einschließlich der Universitätsausbildung ist kostenlos. Es besteht Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren und fast alle Kinder nahmen am Schulunterricht teil.

Kindesmissbrauch war ein Problem. Zwar gab es keine Statistiken, aber Fürsprecher der Kinder in NROs und einige Politiker bezeichneten Kindesmissbrauch als Problem, und einzelne Fälle wurden in den Medien behandelt. Statistiken über Gewaltverbrechen zeigen auf, dass 2003 etwa 95 Kinder Opfer von Mord oder Totschlag wurden.

Das Strafrecht sieht Maßnahmen für den Schutz von Kindern vor Pornografie und sexuellem Missbrauch vor. Die Höchststrafe für den Besitz von Kinderpornografie ist ein Jahr Haft, für ihre Verbreitung fünf Jahre. Das Gesetz stellt sexuellen Kindesmissbrauch durch Deutsche auch im Ausland unter Strafe, selbst wenn er im Herkunftsland des Kindes nicht strafbar ist. 2003 gab es 15.430 erfasste Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, ein Rückgang von 3,6 Prozent im Vergleich zu 2002. 2003 gab es 169 Fälle von schwerwiegendem sexuellem Kindesmissbrauch zum Zwecke der Herstellung und Veröffentlichung von pornografischem Material. Die Zahl der Fälle von Besitz oder Verbreitung von Kinderpornografie stieg laut einer Analyse des Bundeskriminalamts von 2.002 im Jahr 2002 auf 2.868 im Jahr 2003. Die Polizei führt die gestiegene Anzahl allerdings eher auf eine größere Anzahl von Anzeigen aufgrund einer besseren Information und zunehmendem Bewusstsein für das Problem in der Bevölkerung zurück als auf eine wirkliche Zunahme von Missbrauchsfällen.

Ein deutscher UNICEF-Bericht vom Oktober 2003 beschrieb eine Region in der Nähe der Tschechischen Republik nahe der deutschen Grenze als "Zufluchtsort für Pädophile". Einige Jahre arbeitete eine Verbindungsgruppe zwischen den beiden Ländern an erhöhtem Informationsaustausch und der Bekämpfung von Pädophilie, aber laut Berichten dauern die Probleme an.

Mädchenhandel war ein schwerwiegendes Problem, das die Regierung und NROs bekämpften (siehe Abschnitt 5, Menschenhandel).

Menschenhandel

Das Gesetz verbietet Menschenhandel. Trotzdem war Menschenhandel, vor allem der Handel mit Frauen und Mädchen, die sexuell ausgebeutet wurden, ein von der Regierung erkanntes und aktiv bekämpftes Problem.

Das Strafrecht verbietet Menschenhandel ausdrücklich und belegt das Delikt mit bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe. Im Dezember verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses der Europäischen Union (EU) zur Bekämpfung von Menschenhandel sowie der Umsetzung des UN-Protokolls. Damit wird die Definition des Menschenhandels auf die Zwecke sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung von Arbeitskraft erweitert.

Deutschland war sowohl Bestimmungs- als auch Transitland für die Opfer von Menschenhandel. Wie in den vorigen Jahren waren die meisten Opfer Frauen und Mädchen im Alter von 16 bis 25 Jahren, die zur Prostitution gezwungen wurden. Das Bundeskriminalamt (BKA) schrieb in seinem Jahresbericht über Menschenhandel, dass die Anzahl der bekannten und registrierten Opfer 2003 1.235 betrug und sich die Zahl der registrierten Opfer unter 18 Jahren auf etwa 5 Prozent belief. 80 Prozent der registrierten Opfern kamen aus Osteuropa und den Ländern der früheren Sowjetunion, vor allem aus Russland, Polen, der Ukraine, der Republik Moldau, Litauen, der Slowakischen Republik, Lettland, Bulgarien und der Tschechischen Republik. Nichteuropäische Opfer kamen in erster Linie aus Afrika und Asien.

Die Menschenhändler nutzten eine Reihe von Einschüchterungstaktiken, um sicherzustellen, dass die Opfer gehorchten. Hierunter fielen Drohungen, das Opfer zu "verkaufen", die Drohung der Ausweisung, gezielte Fehlinformationen zur rechtlichen Situation und zum Status des Opfers, körperliche Gewalt und das Zurückhalten der Ausweis- und Reisedokumente. Die Regierung bekämpfte den Menschenhandel aktiv sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Es gab keine Berichte über am Menschenhandel beteiligte Regierungsvertreter.

Verbrechen in Zusammenhang mit Menschenhandel werden auf Ebene der Bundesländer verfolgt. Laut einem Bericht aus dem Jahr 2003 belief sich die Zahl der Ermittlungen zum Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in diesem Jahr auf 431, eine Zunahme von 20 Prozent im Vergleich zu 2002. Die Zahl der Opfer von Menschenhandel stieg um 37 Prozent.

2003 nahm die Zahl der von der Polizei aufgedeckten Fälle von Menschenhandel in Nordrhein-Westfalen um fast 20 Prozent zu und erreichte damit eine Rekordhöhe von 118 neuen strafrechtlichen Untersuchungen für solche Verbrechen. Insgesamt wurden 294 Täter überführt, mehr als zwei Drittel von ihnen aus dem Ausland. Fast 75 Prozent der 241 Opfer stammten aus Osteuropa und 23 waren jünger als 18, darunter drei im Alter von 14 Jahren. In Berlin gab es 2003 laut Presseberichten 17 Verurteilungen wegen Menschenhandels.

In Bayern arbeiteten bayerische und tschechische Strafverfolgungsbeamte weiter eng bei der Bekämpfung von Menschenhandel an der deutsch-tschechischen Grenze zusammen (siehe Abschnitt 5, Kinder).

Im Mai 2004 verurteilte das Landgericht Berlin den Anführer eines großen "Callgirl-Rings" wegen Menschenhandels zu vier Jahren Haft. Der Ring organisierte Prostitution mit Frauen aus Osteuropa. Zwei Komplizen wurden ebenfalls verurteilt, einer wurde zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, der andere erhielt eine Geldstrafe. Im September 2003 wurden zwei Deutsche in Frankfurt verurteilt, weil sie 18 Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion zur Prostitution zwangen, sie wurden allerdings auf Bewährung freigelassen. Sechs Osteuropäer wurden in diesem Fall ebenfalls angeklagt und wegen Menschenhandels oder Beihilfe zur Zuhälterei verurteilt.

Die Bundesministerien arbeiteten an der Koordinierung der Bestrebungen zur Bekämpfung des Menschenhandels auf internationaler, nationaler und Landesebene. Einige Länder richteten behördenübergreifende Arbeitsgruppen zur Bekämpfung des Menschenhandels ein. Die Bundes- und Landesregierungen arbeiteten eng mit den NROs und örtlichen Frauenhäusern zusammen, um Opfer zu identifizieren und ihnen zu helfen. Gemeinsam finanzieren sie mehr als 30 von NROs geleitete Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel. NROs kritisierten weiterhin die ungleiche und begrenzte Finanzierung durch die Länder.

Sind illegal in Deutschland lebende Ausländer Opfer von Menschenhändlern, so ist die Polizei verpflichtet, eine Beratungsstelle zu benachrichtigen und die Opfer über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Die Beratungsstellen bieten Unterkunft, Beratung, Dolmetschdienste und Rechtsbeistand. Opfer, die in Menschenhandelsprozessen als Zeugen auftreten, haben das Recht, im Verfahren als Nebenkläger aufzutreten, wodurch sie Anrecht auf einen Anwalt und Prozesskostenhilfe erhalten. Als Nebenkläger haben die Opfer das Recht, aktiv am Strafverfahren teilzuhaben und das Strafrechtsverfahren auf ein ziviles Schadenersatzverfahren auszudehnen. Opfer, die sich illegal in Deutschland aufhalten, haben nach den Sozialleistungsrichtlinien für Asylbewerber Anspruch auf eine gesundheitliche Grundversorgung bei akuter Erkrankung oder Schmerzzuständen. Ein Bleiberecht wird erteilt, wenn das Opfer mit einem Deutschen verheiratet ist, ihm politisches Asyl gewährt wurde oder Beweise vorliegen, dass bei einer Ausweisung Gefahr für das Leben des Opfers bestünde. 35,8 Prozent der 1.108 erfassten nichtdeutschen Opfer im Jahr 2003 wurden ausgewiesen oder abgeschoben, 17,3 Prozent kehrten freiwillig in ihr Heimatland zurück und 23,9 Prozent erhielten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis oder standen unter Polizeischutz (in 23 Prozent der Fälle gab es keine Angaben).

Die Regierung übernahm für eine Rückführung der Opfer in die Heimatländer gemäß des Reintegrations- und Emigrationsprogramms für Asylbewerber in Deutschland (Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany - REAG) die Grundkosten. Die Internationale Organisation für Migration verwaltet das REAG und ist auch in einigen der Hauptrückkehrländer mit Büros vertreten, wo sie den Opfern zur Seite steht.

Die Regierung beteiligte sich aktiv an Aufklärungskampagnen für potenzielle Opfer von Menschenhändlern vor ihrer Einreise nach Deutschland. Botschaften und Konsulate verteilten zusammen mit NROs Broschüren mit Informationen zu Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und mit Warnungen vor Menschenhandel. 2003 richtete die Regierung ein neues Programm zur Finanzierung von Projekten im Ausland zur Bekämpfung von Menschenhandel mit Frauen ein, darunter Informationskampagnen und Seminare zur Bewusstseinsbildung mit Polizeibeamten aus den Quellenländern.

Behinderte

Das Grundgesetz und ein Gesetz über Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2002 verbieten ausdrücklich die Diskriminierung von Behinderten und es gab keine Berichte über Diskriminierung von Behinderten am Arbeitsplatz, im Bildungswesen, beim Zugang zur Gesundheitsfürsorge oder zu anderen staatlichen Leistungen. Die gesetzlichen Krankenversicherungen, denen die meisten Bürger angehören, müssen jeden Antragssteller aufnehmen, aber private Versicherungsunternehmen können ihre Kunden auswählen.

Das Gesetz sieht Sonderleistungen für behinderte Menschen vor, sie haben Anrecht auf Unterstützung, um Einschränkungen, die sich aus ihrer Behinderung ergeben, abzuwenden, auszuschließen oder abzumildern und auf eine Anstellung, die sich mit ihrer Behinderung vereinbaren lässt. Die Regierung engagierte sich in der Berufsausbildung von Behinderten und unterstützte Firmen, die Behinderte einstellen, finanziell. Zudem wurden mit finanzieller Unterstützung oder Subventionen verschiedene Bundes- und Landesprogramme zur Förderung von Beschäftigung und Berufsausbildung für Behinderte aufgelegt. Schwerbehinderte können Sonderleistungen erhalten, darunter fallen Steuererleichterungen, kostenlose Nutzung öffentlicher Transportmittel, spezielle Parkplätze und eine Befreiung von Radio- und Fernsehgebühren.

Die Regierung hat Richtlinien für den Bau von "schrankenlosen" öffentlichen Gebäuden sowie für eine behindertengerechte Umgestaltung von Straßen und Fußgängerampeln erlassen. Alle 16 Bundesländer übernahmen die Richtlinien des Bundes in ihre Bauvorschriften, und 98 Prozent der öffentlichen Gebäude entsprechen den Richtlinien für eine "schrankenlose" Umgebung.

Bauvorschriften für Privatgrundstücke werden auf Landesebene erlassen. Es gab keine Berichte über die Diskriminierung von Behinderten seitens der Gesellschaft.

Nationale/rassistische/ethnische Minderheiten

Das Bundeskriminalamt führt die Kategorie der "politisch motivierten Kriminalität" (PMK). Zur politisch motivierten Kriminalität gehören Straftaten, die aufgrund von Ideologie, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Abstammung, sexueller Ausrichtung, Behinderung, Erscheinungsbild oder sozialem Status des Opfers verübt werden. Die PMK wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem jährlichen Bericht unterteilt nach Täter (Rechtsradikale, Linksradikele, ausländische Extremisten) und Art der Straftat (Propaganda, rassistische Literatur oder Hassreden, Zerstörung von Eigentum, Schändung von jüdischen Gräbern und Angriffe auf Personen) erfasst. 2003 wurden 10.792 Fälle von rechtsradikaler PMK erfasst (10.902 im Jahr 2002). Dies umfasste 7.551 Fälle von verbotener Propaganda (7294 im Jahr 2002), 2.138 Fälle von "Anstiftung zum Rassenhass" (2.513 im Jahr 2002), 225 Straftaten gegen fremdes Eigentum (178 im Jahr 2002), 93 Androhungen einer Straftat (115 im Jahr 2002) und 26 Grabschändungen (30 im Jahr 2002). 2003 waren 759 der Fälle von rechtsradikaler PMK gewalttätig (772 im Jahr 2002); der Hauptanteil dieser (430, 56,7 Prozent im Vergleich zu 440 im Jahr 2002) richtete sich gegen Ausländer; 35 (4,6 Prozent) waren antisemitisch (im Vergleich zu 28 im Jahr 2002), und 211 (27 Prozent) richteten sich gegen politisch Andersdenkende (207 im Jahr 2002).

Im ganzen Land gab es weiterhin Vorfälle, bei denen Ausländer oder Angehörige rassistischer Minderheiten belästigt oder geschlagen wurden. Aus den Medien und offiziellen Berichten ging hervor, dass es jede Woche diverse Vorfälle gab. Beispielsweise wurden im Juli in Hannover fünf Männer aus der Türkei und Afrika aufgrund ihrer Rasse beleidigt, mit einer Eisenstange geschlagen und durch die Straßen gejagt. Im April schlugen drei Rechtsextreme den Eigentümer eines vietnamesischen Imbissstands in Köpenick in Berlin mit einer Holzlatte. Das Opfer wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die Täter wurden im August verurteilt: Ein 16-Jähriger wurde zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung, ein 17-Jähriger zu 90 Tagen Sozialarbeit und ein 21-Jähriger zu zwei Jahren Jugendstrafe und 90 Stunden Sozialarbeit verurteilt.

Im Mai erhielt ein 20-jähriger Ausländer, der sich um einen Ausbildungsplatz als Techniker bei der Stadt Kaiserslautern bewarb, angeblich eine rassistische Antwort von der Personalabteilung der Stadtverwaltung. Als er seine zurückgesandten Bewerbungsunterlagen öffnete, fand er den Kommentar "keine Neger", wobei statt des "gs" ein Hakenkreuz verwandt wurde. Sein Foto und das Wort "deutsch" in der Zeile Staatsangehörigkeit waren durchgestrichen. Die Mutter des Mannes übergab den Brief der Kriminalpolizei, die den Fall Ende des Jahres noch untersuchte.

Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz listete 169 rechtsextreme Organisationen und Gruppen. Die Gesamtzahl der Rechtsextremen wurde auf 41.500 geschätzt. Die Behörden schätzen die Zahl potenzieller rechtsextremer Sympathisanten auf 10.000 (hauptsächlich Skinheads).

Die Bundes- und Landesregierungen engagieren sich nach eigenen Aussagen weiterhin stark für die Bekämpfung und Verhinderung rechtsextremer Gewalt.

Die Regierung schützte und förderte die Sprachen und Kulturen von seit jeher im Land ansässigen nationalen und ethnischen Minderheiten (zum Beispiel Sorben, Dänen, Roma, Sinti und Friesen). Obwohl die Regierung die Sinti/Roma seit 1995 als "nationale Minderheit" anerkennt, wurde Kritik geübt, dass die Sinti/Roma die einzige offiziell anerkannte nationale Minderheit ist, die keinen besonderen rechtlichen Schutz, politische Sonderrechte oder garantierte Vertretung in bestimmten öffentlichen Institutionen genießt. Die Innenministerien auf Bundes- und Landesebene führten an, dass sie ihren internationalen Verpflichtungen im Fall der Sprache der Roma nicht nachkommen konnte, weil sie keine Schrift habe, die Roma selbst die Sprache auf die Roma-Gesellschaft beschränken möchten und weil nur wenige Roma und Sinti

im Land weit verbreitet sind, so dass Schulen in der Sprache der Roma unrealistisch seien. In Deutschland lebende Ausländer und Minderheiten äußerten weiterhin glaubwürdige Besorgnis in Bezug auf gesellschaftliche und berufliche Diskriminierung.

Von Arbeitslosigkeit waren Ausländer unverhältnismäßig oft betroffen, obwohl dies teilweise auf unzureichende Sprachkenntnisse oder nicht übertragbare berufliche Abschlüsse zurückzuführen war (siehe Abschnitt 6.e.). Sowohl die Bundesregierung als auch sämtliche Bundesländer setzten ständige Ausschüsse ein, um Ausländern bei ihren Kontakten mit dem Staat und der Gesellschaft zu helfen.

Abschnitt 6 Rechte von Arbeitnehmern

a. Vereinigungsfreiheit

Laut Grundgesetz haben Arbeitnehmer das Recht, sich frei in Vereinigungen zusammenzuschließen, Vertreter zu wählen, Programme und Richtlinien zu ihrer Interessenvertretung aufzustellen und eigene Ansichten zu veröffentlichen, und die Arbeitnehmer machten von diesen Rechten Gebrauch. Die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer (ca. 23 Prozent der Erwerbsbevölkerung) war in acht, nach Industriebranche oder Dienstleistungssektor gruppierten Gewerkschaften vertreten. Diese Gewerkschaften sind dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angeschlossen, der in etwa 80 Prozent der organisierten Arbeitnehmer vertrat. Andere Gewerkschaften existieren, sie vertreten aber nur eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern.

Das Gesetz schützt gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer vor Diskriminierung. Kläger wenden sich direkt an die Arbeitsgerichte, die Gerichte erster Instanz sind. Die besonders ausgebildeten Richter am Arbeitsgericht fällen die entsprechenden Urteile.

b. Organisations- und Tarifverhandlungsrecht

Das Arbeitsrecht ermöglicht den Gewerkschaften ohne Einmischung tätig zu sein, und die Regierung schützte dieses Recht im Allgemeinen in der Praxis. Das Grundgesetz schützt das Recht der Gewerkschaften zu streiken mit einigen Ausnahmen, und sie konnten dieses Recht frei ausüben, allerdings beschränkten die Verhandlungsmechanismen die Zahl der Arbeitsniederlegungen auf ein Minimum (2003 ging pro 1.000 Arbeitnehmer ungefähr ein Arbeitstag verloren).

Es gab zahlreiche Tarifverhandlungen, und dank eines gut entwickelten Systems von Vertragsverhandlungen ohne eine Rolle der Regierung mussten Schlichtungsverfahren nur selten in Anspruch genommen werden. Die Grundlöhne und Arbeitsbedingungen wurden auf Ebene der Industriezweige festgelegt, allerdings waren auf Unternehmensebene ausgehandelte Ausnahmen in diesem Jahr durchaus üblich. Einige Unternehmen in Ostdeutschland weigerten sich außerdem, den Arbeitgeberverbänden beizutreten oder traten aus diesen Verbänden aus und verhandelten dann einzeln mit den Arbeitnehmern. Einige Firmen in Westdeutschland ließen aufgrund der unflexiblen Regelungen des branchenweiten Verhandlungssystems zumindest Teilbereiche des Unternehmens nicht durch die Arbeitgeberverbände vertreten. Sie waren allerdings bereit, als Einzelunternehmen zu verhandeln.

Das Betriebsverfassungsgesetz regelt die Rechte der Betriebsräte, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber ihren Arbeitgebern. Ein Betriebsrat kann in jedem Privatunternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten aufgestellt werden. Zu den Rechten des Betriebsrates zählt das Recht, über Unternehmensentscheidungen informiert, bei ihnen konsultiert zu werden sowie an ihnen teilzuhaben. Mitglieder der Betriebsräte müssen nicht Gewerkschaftsmitglieder sein. Betriebsräte haben Arbeitnehmern und Management oft geholfen, Probleme zu lösen, bevor sie zu Störungen führen konnten. Mitbestimmungsrechte geben Arbeitnehmern in mittleren oder

großen Unternehmen maßgebliche Stimmrechte in den Aufsichtsräten der Unternehmen. Diese Mitbestimmung in den Aufsichtsräten erstreckt sich auf alle Unternehmensaktivitäten.

Beamte und Angestellte in sicherheitsempfindlichen Positionen, wie Angehörige der Streitkräfte, haben nicht das Recht zu streiken. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) forderte die Regierung weiterhin zu Klärung von politischen Maßnahmen und Gesetzen über die Arbeitsrechte von Beamten auf und erinnerte die Regierung wiederholt, dass diese Einschränkung nicht im Einklang mit Konvention 87 (über die Vereinigungsfreiheit) steht. Die Regierung wurde aufgefordert, die Gesetzgebung entsprechend anzupassen. Ebenso wird Lehrern im öffentlichen Dienst weiterhin das Recht auf Streiks verwehrt. Für Angestellte des öffentlichen Dienstes ausgehandelte Tarifverträge, die dieses Recht haben, erstrecken sich üblicherweise laut Gesetz auf jene, die es nicht haben, obwohl derartige Übertragungen meist nicht für alle Bestimmungen der Vereinbarungen gelten. Arbeitnehmer, die nicht das Recht zu streiken haben, können sich zum Schutz ihrer Rechte auch an die Gerichte wenden.

Es gibt keine Gebiete, in denen ausschließlich Exportgüter hergestellt werden.

c. Verbot von Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft

Das Grundgesetz und die Bundesgesetze verbieten sowohl Zwangsarbeit als auch Schuldknechtschaft einschließlich Kinderarbeit. Es wird jedoch über diese Praktiken berichtet (siehe Abschnitt 5).

d. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Beschäftigung

Das Gesetz verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren, mit einigen Ausnahmen: 13- oder 14-Jährige können bis zu drei Stunden täglich in der Landwirtschaft arbeiten oder bis zu zwei Stunden Zeitungen austragen. 3- bis 14-Jährige dürfen an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen, allerdings unter strengen Auflagen was Art der Aktivität, Stundenzahl und Tageszeit angeht. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit setzte mit seinem Amt für Arbeitsschutzverwaltung die Einhaltung des Gesetzes effektiv durch.

e. Annehmbare Arbeitsbedingungen

Es gibt keinen gesetzlich oder verwaltungsrechtlich festgelegten Mindestlohn. Tarifverträge, die für schätzungsweise 80 bis 90 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger gelten, legen gesetzlich durchsetzbare Mindestsätze für Stundenlöhne fest. Für die verbleibenden 10 bis 20 Prozent der Arbeitnehmer gelten individuelle Verträge oder Unternehmensverträge. Die so festgelegten Löhne ermöglichen Arbeitnehmern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard.

Bundesgesetze beschränken die maximale Arbeitszeit pro Woche auf 48 Stunden. Tarifverträge, die sich direkt oder indirekt auf 80 Prozent der Erwerbsbevölkerung erstrecken, können längere Arbeitszeiten bestimmen, dürfen aber im Durchschnitt 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten. Regelungen für Überstunden, Urlaub und die Bezahlung von Wochenendarbeit variierten je nach Tarifvertrag.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie die entsprechenden Ministerien in den Ländern setzten ausführliche Gesetze zur Regelung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz durch. Ein umfassendes Netz von Versicherungsträgern achtet auf Einhaltung der Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz. Auf kommunaler Ebene waren Berufs- und Handelsverbände - selbstständige öffentliche Vereinigungen in denen Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sitzen - für die Sicherheit am Arbeitsplatz zuständig. Das Gesetz sieht vor, dass Arbeitnehmer gefährliche oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten ablehnen dürfen, ohne den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten zu müssen.

Ausländische Arbeitnehmer, die sich legal in Deutschland aufhielten, waren vom Gesetz geschützt und arbeiteten im Allgemeinen unter den gleichen Bedingungen wie Inländer. Es gab jedoch zu einem gewissen Grad eine Ungleichbehandlung bei der Bezahlung. Zum Beispiel wurden ausländische Lehrer in einigen Schulen schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen. Saisonarbeiter aus Osteuropa, die mit einer befristeten Arbeitserlaubnis ins Land kamen, erhielten oft Löhne, die unter denen von deutschen Staatsangehörigen lagen. Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern wurden teilweise zu den Gehältern eingestellt, die sie in ihren Herkunftsländern bekommen hätten, auch wenn ein deutscher Kollege mehr verdient hätte. Die Bezahlung von illegal beschäftigten Ausländern lag, besonders im Baugewerbe in Berlin, oft unter dem gültigen Lohnniveau.

Originaltext: Country Reports on Human Rights Practices 2004 - Germany

(siehe <http://usinfo.state.gov>)